

nommen wird). Auch wenn die Themen Rechtsvereinheitlichung und transnationale Rechtswissenschaft in Europa zurzeit Konjunktur haben, ist das Interesse in der Regel auf die europäischen Rechtsordnungen beschränkt, und erst langsam entsteht wieder ein Interesse der internationalen Rechtsvergleichung an Entwicklungen im arabischen Raum. Die ägyptische Rechtswissenschaft ihrerseits hat nach dem Verlust der Anbindung an den europäischen Diskurs mitunter an Niveau eingebüßt und es ist nicht immer einfach, die Basis für eine sinnvolle Vergleichung und einen gemeinsamen Austausch zu finden. Das hier angezeigte Buch ist so ein wichtiger Schritt, weil es das geltende ägyptische Recht einem englisch lesenden Publikum zugänglich macht und damit ermöglicht, in der Rechtsvergleichung künftig stärker jenseits des Mittelmeers zu blicken. Das könnte dabei helfen, eine der interessantesten Rechtsordnungen außerhalb Europas wiederzuentdecken und dabei die eurozentristische Perspektive der Rechtsvergleichung zu überwinden.

Kilian Bälz, Frankfurt/Main

Aurel Croissant

Von der Transition zur defekten Demokratie

Demokratische Entwicklung in den Philippinen, Südkorea und Thailand
Westdeutscher Verlag, Wiesbaden, 2002, 330 S., € 34,90

In seiner jüngst erschienenen Monographie beschäftigt sich Aurel Croissant mit der Konzeptionalisierung und der Empirie so genannter defekter Demokratien. Den Hintergrund der Studie bildet die Tatsache, dass es nach der dritten weltweiten Welle der Demokratisierung (*Huntington*) nicht, wie von einer Reihe von Beobachtern erwartet (oder zumindest erhofft), zur Herausbildung liberaler Demokratien in vielen der entsprechenden Länder gekommen ist. Statt dessen weisen diese politischen Systeme, gemessen am Standard westlicher Verfassungsstaaten, Defizite in den Bereichen des Zugangs zu politischer Herrschaft und dessen Kontrolle, der Bestimmung der politischen Agenda, der Gewaltenteilung und des Schutzes von Freiheitsrechten auf.

Im ersten substantiellen Kapitel der Studie arbeitet der Heidelberger Politikwissenschaftler die zentralen Prinzipien bzw. Dimensionen der liberalen Demokratie heraus und leitet hieraus in systematisierender Weise verschiedene idealtypische Arten „defekter Demokratien“ ab. Das zweite Kapitel ist dem Analyserahmen der Untersuchung gewidmet, wobei Croissant hinsichtlich der Entstehungs- und Existenzbedingungen dieser verschiedenen Typen einen akteurszentrierten institutionalistischen Ansatz wählt, der zudem wichtige Kontextvariablen wie den sozioökonomischen und -kulturellen Kontext, den Typ des (vorangegangenen) autoritären Regimes und den jeweiligen Transitionsmodus, Faktoren der Staatlichkeit und der Nationenbildung sowie das internationale Umfeld berücksichtigt.

Im Mittelpunkt des empirischen Teils der Studie stehen mit den Philippinen, Südkorea und Thailand drei junge ostasiatische Demokratien. Dabei werden zunächst die unterschiedlichen Konstellationen des Übergangs zur Demokratie untersucht, bevor die einzelnen Dimensionen der aktuellen politischen Systeme analysiert werden. Croissant kommt dabei zu dem Ergebnis, dass in allen drei Ländern nach der Transition zunächst deutliche Anzeichen einer „Enklavendemokratie“ gegeben waren, in denen demokratisch nicht legitimierte Gruppen wie das Militär die politische Agenda beeinflussten. In der Folge lassen sich jedoch deutliche Unterschiede aufzeigen: Während auf den Philippinen Probleme vor allem in Bezug auf die Rechtsstaatlichkeit („illiberale Demokratie“) existieren, werden in Bezug auf Thailand Defizite hinsichtlich der Teilhabe an und der Kontrolle über politische Herrschaft konstatiert (*de facto*-Ausschluss von Bevölkerungsteilen bei Wahlen im Rahmen einer „exklusiven Demokratie“). In Südkorea schließlich liegt das zentrale Problem in der mangelhaften Kontrolle der Regierung durch das Parlament und die (Verfassungs-) Gerichtsbarkeit; die bekannte „imperiale Präsidentschaft“ führt hier zu einer „delegativen Demokratie“.

Allgemein kommt der Autor zu dem Ergebnis, dass „die Chancen zur Durchsetzung politischer Partizipations- und bürgerlicher Freiheitsrechte in jungen Demokratien um so schlechter sind, je segmentierter eine Gesellschaft, je niedriger ihr sozioökonomisches Entwicklungsniveau und je geringer der soziale [Streuungsgrad gesellschaftlicher] Machtressourcen ist“. Solange wesentliche Teile der politischen Elite in den betreffenden Ländern nicht bereit sind, sich an rechts- und verfassungsstaatliche Prinzipien und Verfahren binden zu lassen, werden aus den defekten auch keine liberalen Demokratien werden. In allen drei untersuchten Ländern ist jedenfalls die Beharrungskraft informeller institutioneller Arrangements trotz veränderter verfassungsrechtlicher und anderer formaler Rahmenvorgaben deutlich.

Bemerkenswert an der Studie des Heidelberger Politikwissenschaftlers ist die gelungene Verbindung von politikwissenschaftlichem Instrumentarium und regionaler Expertise. Während einige Leser möglicherweise bemängeln werden, dass keine landesprachlichen Quellen erschlossen wurden, tut dies aus Sicht des Rezensenten der Qualität der Analyse keinen Abbruch. Dem Leser wird ein bestens konzeptionell unterfütterter, konsequent umgesetzter Vergleich dreier relevanter Länderbeispiele präsentiert, der zahlreiche Ansatzpunkte für folgende Untersuchungen bietet. Dies gilt nicht nur in Bezug auf weitere Fallstudien junger Demokratien: Croissants Ausführungen reizen auch zu komplementären historisch-soziologischen Untersuchungen der behandelten politischen Systeme, die mittels einer konfigurativen Gesamtanalyse helfen könnten, das Verständnis weiterhin bedeutsamer informeller institutioneller Arrangements in den drei Demokratien zu vertiefen.

Croissants Studie ist in zumindest dreierlei Hinsicht anregend. Stimulierend ist zunächst die Aufbereitung einer Fülle relevanter empirischer Bezüge. Daneben bietet der konzeptionelle Teil eine gelungene Auseinandersetzung mit den verschiedenen Dimensionen liberaler Demokratien. Schließlich lädt die Frage, ob diese zum Referenzmaßstab für die Analyse nichtwestlicher Demokratien gemacht werden sollten zur Diskussion ein – wobei nicht

jeder Leser der Sichtweise von Croissant folgen wird. Stoff für Diskussionen bietet die Frage aber in jedem Fall. Klar ist dabei, dass sich junge Demokratien in verschiedenen Teilen der Welt nicht auf einem linearen Entwicklungspfad mit liberalen demokratischen Gemeinwesen als quasi „natürlichem“ Endpunkt befinden. Eine derartige teleologisch orientierte Perspektive, die sich sowohl in der früheren modernisierungstheoretischen Literatur als auch in Teilen der Transitions-/Transformationsliteratur findet, wird denn auch explizit von Croissant abgelehnt, wenn auch gelegentlich Wendungen wie „Fortschritt“, „Stagnation“ oder „Erfolge auf dem Weg zur liberalen Demokratie“ (S. 204, 205) in der Arbeit auftauchen. Etwas lesefreundlicher hätte die Studie hier und da durch den Verzicht auf politikwissenschaftlichen Jargon werden können – diesen hat diese gelungene und empfehlenswerte Arbeit nämlich nicht nötig.

Patrick Köllner, Hamburg

Patrick Köllner (Hrsg.)

Korea 2002

Politik, Wirtschaft, Gesellschaft

Institut für Asienkunde, Hamburg, 2002, 305 S., € 26,00

Mit einer vorangestellten „Chronik der Ereignisse auf der koreanischen Halbinsel 2001“, dreizehn Beiträgen von vierzehn (!) namhaften Autoren und einem informativen Anhang bietet auch dieses Jahrbuch das gewohnte Bild und den erwarteten hohen Informationswert. Dabei sei gleich am Anfang auf die im Anhang enthaltene Kurzbibliografie von *Pia Kleis*/Hamburg mit dem im Jahr der von beiden Ländern ausgerichteten Fußball-WM besonders aktuellen Thema „Die koreanisch-japanischen Beziehungen“ hingewiesen. Von den Sachbeiträgen sind neun Südkorea, zwei Nordkorea und zwei der koreanischen Halbinsel gewidmet. Dabei ist es den Verfassern gelungen, neben den „Klassikern“ auch oft zu Unrecht vernachlässigte „Randthemen“ in den Zusammenhang der Gesamtentwicklung zu stellen.

Zu den Klassikern zählt dabei sowohl vom Thema wie vom Verfasser her „Südkoreas Innenpolitik 2001/2002: Schwerpunkte und Tendenzen“ mit gewohnter Meisterschaft dargestellt von *Manfred Pohl*/Hamburg. Hier hat der Popularitätsabsturz des als Saubermann angetretenen, aber durch Verstrickungen seiner Söhne – wie beim Amtsvorgänger Kim Young-sam! – ins Korruptionsdickicht gezerrten Präsidenten Kim Dae-jung von gut 80 % auf 20 % schon fast tragische Ausmaße. Die für Südkorea gut verlaufene Fußball-WM, die schon bei den von der Opposition gewonnenen Regional- und Kommunalwahlen in Juni 2002 für eine miserable Wahlbeteiligung von knapp 40 % gesorgt hatte, dürfte bei den Präsidentenwahlen im Dezember dem Nachfolgekandidaten der regierenden MDP, Roh